

# ***DIE LINKE.***

## **i n K a r b e n**

**Beck (CDU):**

**Rentner haben  
genug Geld**

Das hat uns Linken bei der Schwimmbad-Diskussion im Stadtparlament überhaupt nicht gefallen: Die negativen Kommentare von CDU, Freien Wählern und FDP zu dem Vorschlag, Rentnern und Kindern unter 14 Jahren ermäßigte Eintrittspreise zu ermöglichen. So behauptete Herr Beck (CDU), ein Rabatt für Rentner sei nicht finanzierbar. Außerdem sei es ein Märchen, dass Rentner nicht genug Geld hätten, um die erhöhten Eintrittspreise zu zahlen. Von der steigenden Altersarmut hat Herr Beck eben noch nichts gehört.

Für besserverdienende Bürger/innen soll es eine

*Fortsetzung Seite 2*

**März 2014 / Nr. 33**

**Schon wieder höhere  
Kindertagesgebühren?**

Zum 1. August 2014 ist eine neue Gebührensatzung für die Kindertagesstätten angekündigt. Wieder werden die Gebühren steigen. Sie wurden zuletzt 2011 angehoben. **DIE LINKE** lehnt die Erhöhung ab.

Falls keine Entlastung vom Land Hessen kommt, ist noch in diesem Jahr mit einer Erhöhung der Kindertagesstättengebühren zu rechnen. Für August 2014 hat Bürgermeister Rahn bereits eine neue Gebührensatzung angekündigt. Vermutlich werden die Eltern zur Kasse

*Fortsetzung Seite 2*

**Nehmt das Geld für  
bezahlbare Wohnungen!**

Die Stadt Karben erwägt den Verkauf städtischer Grundstücke für mehrere Millionen. Für dieses Geld sollten bezahlbare Wohnungen gebaut werden, fordert **DIE LINKE**. Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Uns ist klar, dass mit ein paar Millionen Euro das Wohnungsproblem nicht gelöst werden kann. Aber: es wäre ein Anfang, würde man das Geld aus den Grundstücksverkäufen für den Bau städtischer Wohnungen einsetzen, statt weitere Wohnungen zu verkaufen. Die Stadt sollte handeln und sich nicht immer damit rausreden, dass kein Geld da ist.

Fortsetzung von Seite 1

## Einsparungen zu Lasten der Kinderbetreuung?

gebeten. Denn Rahn berichtete: es gibt in Karben 1200 Betreuungsplätze für Kinder. Die Stadt macht in diesem Bereich ein Defizit von 5 Millionen Euro. Der Magistrat sei entschlossen, den Minusbetrag bei diesen 5 Millionen zu deckeln.

DIE LINKE lehnt eine Erhöhung der Kita-Beiträge ab. Stattdessen muss im Haushalt sicher gestellt werden, dass die Beiträge

stabil bleiben können. Eine Mehrbelastung von Menschen mit Kindern ist ein Skandal. In Hessen gibt es einen gültigen Bildungsplan von 0 bis 10 Jahren. Wieso sollen Eltern von Vorschulkindern zur Kasse gebeten werden, während die Schulbildung frei ist? Vorschulbildung und Betreuung müssen gebührenfrei sein. Das ist doch nicht alleine Sache der Kommunen! Bildungsgerechtigkeit geht alle an.

Wie sich DIE LINKE eine ausreichende Finanzierung öffentlicher Kinderbetreuung vorstellt, finden Sie

im Artikel: „Karben spart...“ auf Seite 4.

## **Weitersagen!**

Im XXL-Copyshop/City-Center Karben können Unterlagen kostenlos und rechtssicher an das Jobcenter oder Sozialamt gefaxt werden.

Rechtssicher sind Faxe nur, wenn eine Kopie des Schriftstücks auf dem Senderbericht zu sehen ist.

Nutzen Sie dieses Angebot der Linken, damit ihre Unterlagen beim Jobcenter oder Sozialamt nicht „verloren“ gehen!

Fortsetzung von Seite 1

## Beck (CDU): Rentner haben genug Geld

Geldwertkarte geben, die 400 Euro kostet. Mit dieser Karte sinkt der Eintrittspreis auf 3,20 Euro.

Für Besucher/innen, die sich eine Einmalzahlung von 400 Euro nicht leisten können, ist der Eintrittspreis auf 4 Euro festgelegt. Ist das sozial?

Auch Herr Ottens (FW) trug eine interessante These zur Schwimmbad-Diskussion bei: Er behauptete, falls der Eintrittspreis zu niedrig sei, kämen wieder zu viele Besucher aus dem Umland. Dann würden die Verluste der Stadtkasse ansteigen.

Sie müssen das nicht verstehen werte Leserinnen und Leser, denn betriebswirtschaftlich ist das völliger Unsinn! Andere Bäder-

betriebe werben im gesamten Umland um Badegäste. Warum sollte man auf Mehreinnahmen verzichten, die dazu beitragen, die Kosten für das Schwimmbad zu senken? Hoffentlich kommen die Herren nicht wieder auf die altbekannte Idee, und wollen den Frauenbadetag streichen - diesmal um die Stadtkasse zu schonen. Es ist mit allem zu rechnen.

## **DIE LINKE. lehnt den Haushalt 2014 ab**

**Die Koalition aus CDU/FW/FDP legte einen sozial ungerechten Haushalt für 2014 vor. Er belastet Bürger/innen mit geringem und mittlerem Einkommen und ignoriert drängende soziale Probleme. Deshalb hat **DIE LINKE.** diesen Haushalt abgelehnt.**

Für einen ausgeglichenen Haushalt fehlen 700 000 Euro im Stadtsäckel. Dieser Fehlbetrag wurde durch eine Erhöhung der Grundsteuer B um 90 Punkte ausgeglichen. Das ist sozial ungerecht, weil die Erhöhung auf alle Bürger/innen umgelegt wird - unabhängig von ihrem Einkom-

men. Die Erhöhung der Grundsteuer B trifft auch die alleinerziehende Mutter, die vierköpfige Familie oder Menschen, die ihren Minilohn beim Jobcenter aufstocken müssen. Sehr bemerkenswert und ein Fehler ist, dass sich CDU, FW und FDP nicht dazu durchbringen konn-

ten, die Gewerbesteuer zu erhöhen. Man will ja einem Konzern, wie Conti nicht auf die Füße treten, der sowieso dauernd über zu hohe Steuern jammert. Obwohl gerade Conti in den letzten Jahren satte Gewinne gescheffelt hat, ohne sich am Gemeinwohl zu beteiligen. Zeitweise bezahlte Conti gar keine Gewerbesteuern.

**DIE LINKE.** stellte am 31. Januar 2014 den Antrag, die Gewerbesteuer auf 400 Punkte zu erhöhen. Dies wurde bei einigen Enthaltungen von allen Stadtverordneten abgelehnt.



*Weshalb die flächendeckende NSA-Überwachung unbedingt weitergehen muss!*

Karikatur: Klaus Stüttmann

# Karben spart aber die Einnahmen steigen nicht

**Karben hat kein Ausgabenproblem. Es fehlt an Einnahmen. Wenn ein Land darauf verzichtet, seine Einkommensmillionäre und großen Vermögen zu besteuern, fehlt das Geld für öffentliche Aufgaben. Da hilft alles Sparen nicht.**

Im Vorfeld der Landtagswahlen wurde viel diskutiert, wie sich das Land Hessen für die Aufgaben der nächsten fünf Jahre finanziell besser aufstellen kann. Auch SPD und Grüne sprachen sich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer aus, auf die nunmehr seit 15 Jahren verzichtet wird. Sie würde ausschließlich den Etats der Bundesländer und damit auch den Kommunen zufließen. Dem Land Hessen entgehen pro Jahr Einnahmen von einer Milliarde Euro. Oder verständlicher ausgedrückt 1000 Millionen Euro.

## **Auf 1000 Millionen verzichtet**

Es war schon erstaunlich, dass die SPD noch vor der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU auf die Wiedereinfüh-

rung der Vermögenssteuer verzichtet hat. Und auf der Landesebene machen die Grünen mit der CDU genau da weiter, wo Schwarz-Gelb aufgehört hat.

## **800 Millionen Verlust durch Steuerbetrug**

Auch über Steuerhinterziehung wurde im Wahlkampf diskutiert. Obwohl Steuern, wie die genannte Vermögenssteuer abgeschafft wurden und sich andere Steuersätze wie z.B. die Kapitalertragssteuer erheblich verringert haben, heißt das ja nicht, dass alle reichen Bürger/innen brav ihre Steuern zahlen. Was wäre nötig, um die geschätzten 800 Millionen Euro einzutreiben, die dem Land Hessen jährlich hinterzogen werden? Nötig wäre die Einstellung von genügend Steuerbeamten, statt

zu eifrige Finanzbeamte mit psychologischen Gutachten aus dem Verkehr zu ziehen.

## **Mehreinnahmen von 1800 Millionen Euro für Hessen:**

Mit diesen Einnahmen könnte das Land z.B. die Kinderbetreuung komplett finanzieren. Und nach Aussagen von Bürgermeister Rahm in einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses könnte die Stadt Karben in diesem Fall sogar komplett auf die Erhebung von Grundsteuern verzichten.

Das wäre dann aus Sicht der Linken eine sozial gerechte Verteilung der steigenden Kosten der Stadt Karben.

## **Verringerter Schuldenabbau, dafür weniger Steuerbelastung**

Karben hat 2013 zwei Millionen Euro Schulden abgebaut, gleichzeitig drückt man den BürgerInnen eine Erhöhung von 840.000 Euro Grundsteuern A und B rein. Es hätte nichts dagegen gesprochen, nur 1,2 Mio. Euro Schulden abzubauen und man hätte auf die nochmalige Erhöhung der Grundsteuern in 2014 verzichten können.